

Gerd HENNINGS und Klaus R. KUNZMANN, Dortmund

Strukturelle Erneuerung und lokale Wirtschaftspolitik in Dortmund

1. Einführung

Mitte der 80er Jahre hatte Dortmund, die siebtgrößte Stadt der Bundesrepublik Deutschland, ökonomisch schwierige Jahre hinter sich. Ein noch langsamer Schrumpfungsprozeß in den 70er Jahren entwickelte sich Anfang der 80er Jahre zu einer regelrechten Beschäftigungskrise. Im Jahre 1979 sah sich der größte Arbeitgeber der Stadt, der Stahlkonzern Hoesch, zu einem drastischen Anpassungskurs gezwungen. Ein großes Stahlwerk wurde vollständig geschlossen. In kurzer Zeit wurden etwa 13 000 Arbeitsplätze abgebaut.

Hinzu kamen kontinuierliche Verluste von Arbeitsplätzen im Bergbau und überproportionale Schrumpfungsprozesse in allen anderen am Ort vertretenen Industriebranchen. Der hohe Beschäftigtenverlust im Produzierenden Gewerbe wirkte sich auch negativ im Bereich der Dienstleistungen aus — die Beschäftigungsentwicklung verlief hier ebenfalls deutlich schlechter als im Bundesdurchschnitt. Die Folgen davon wurden bis 1985 von Jahr zu Jahr sichtbarer. Die Bevölkerung der Stadt reduzierte sich aufgrund der negativen natürlichen Bevölkerungsentwicklung und aufgrund starker Abwanderungen erheblich. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosenquote bis 1985 auf 18 Prozent — den höchsten Wert in einer bundesrepublikanischen Großstadt und im Ruhrgebiet.¹

Schon 1981 hatte der Rat der Stadt beschlossen, der Wirtschaftsförderung höchste Priorität einzuräumen. Bis 1983 legte das Wirtschaftsförderungsamt ein neues Wirtschaftsförderungskonzept vor, das deutlich Abschied nahm von den alten Strukturen um Kohle und Stahl. Es strebte an:

- eine Umstrukturierung in Richtung auf moderne technologieintensive Wachstumsindustrien mit vielen Klein- und Mittelbetrieben;
- die komplementäre Entwicklung von modernen Dienstleistungseinrichtungen;
- die Ansiedlung weiterer oberzentraler Sonderfunktionen;
- die Verbesserung des Wohn- und Freizeitwertes einschließlich der Bildungs- und Kulturqualitäten.

Zwischen 1983 und 1985 entfaltete sich eine neue lokale Wirtschaftspolitik in Dortmund. 1985 konnte sich die Stadt mit vielfältigen innovativen Konzepten und Aktivitäten präsentieren, die auch überregional Beachtung fanden und geeignet erschienen, den damals noch prognostizierten weiteren Schrumpfungsprozeß abzumildern.

Ziel dieses Beitrages ist es im wesentlichen zu dokumentieren, wie sich der wirtschaftliche Strukturwandel in Dortmund weiter vollzogen hat, und was aus den innovativen Ansätzen geworden ist, die Dortmund vor sieben Jahren vorgelegt hat. Der Beitrag basiert im wesentlichen auf einer laufenden Dokumentation zur Entwicklung der Wirtschaftsförderung in Dortmund, wie sie sich aus einer teilnehmenden Beobachtung im Zeitverlauf ergibt. Ergänzend wurden mit Akteuren von 1992 vertiefende Interviews geführt. Der Beitrag versteht sich als eine Art indirekte Erfolgskontrolle der lokalen Wirtschaftspolitik in Dortmund; er soll darüber hinaus aber auch zu einer gewissen Neubewertung gewerbepolitischer Handlungsfelder in den 90er Jahren beitragen.

2. Bevölkerungsentwicklung und wirtschaftsstruktureller Wandel

Ihre bisher höchste Einwohnerzahl verzeichnete die Stadt Dortmund im Jahre 1971 mit 645 000 Einwohnern. Bis zum Jahre 1985 ging die Einwohnerzahl auf etwa 579 000 zurück. Eine zum damaligen Zeitpunkt erstellte Bevölkerungsvorausschätzung erwartete für Dortmund im Jahre 2000 nur noch 500 000 Einwohner. Die Entwicklung ist jedoch ganz anders verlaufen. Ab 1985 schwächte sich der Einwohnerrückgang deutlich ab. Und ab 1987 verzeichnete die Stadt aufgrund von Zuwanderungen wieder einen Bevölkerungsanstieg, der sich von Jahr zu Jahr verstärkte. Mitte 1992 erreichte die Stadt eine Einwohnerzahl von 635 000.

Auch die Wirtschaft hat sich günstiger entwickelt als 1985 erwartet werden konnte. Zwischen 1985 und 1989 stagnierte die Beschäftigung zwar bei etwa 204 000, um dann im Jahre 1990 auf beinahe 209 000 und bis Juni 1992 auf 217 000 Personen anzusteigen.

Dortmund hat zwischen 1980 und 1990 etwa 28 000 Beschäftigte verloren (vgl. Tab. 1). Dies entspricht einem Beschäftigtenrückgang von 7,8 Prozent in einem Zeitraum, in dem im Bundesdurchschnitt die Beschäftigung um 6,8 Prozent zunahm.

Tab. 1: Beschäftigungsentwicklung 1980—1990 in Dortmund und in der Bundesrepublik Deutschland (alt) nach Wirtschaftssektoren

Tab. 1a: Dortmund

Sektor	Jahr 1980		1990		Veränderungsrate in %
	absolut	Anteile in %	absolut	Anteile in %	
Land- und Forstwirtschaft	781	0,34	1 164	0,56	49,04
Produzierendes Gewerbe	111 330	49,13	82 448	39,47	-25,94
Dienstleistungen	114 507	50,53	125 275	59,97	9,40
Insgesamt	226 618	100,00	208 887	100,00	-7,82

Tab. 1b: Bundesrepublik Deutschland (alt)

Sektor	Jahr 1980		1990		Veränderungsrate in %
	absolut	Anteile in %	absolut	Anteile in %	
Land- und Forstwirtschaft	220 500	1,05	223 200	1,00	1,22
Produzierendes Gewerbe	10 809 800	51,62	10 463 700	46,79	-3,20
Dienstleistungen	9 912 100	47,33	11 678 600	52,22	17,82
Insgesamt	20 942 400	100,00	22 365 500	100,00	6,80

Quelle: (a) Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer, Düsseldorf, verschiedene Jahrgänge
(b) Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch, Wiesbaden 1991

Der überproportional hohe Beschäftigungsverlust wurde allein durch das Produzierende Gewerbe verursacht, das um 29 000 Beschäftigte schrumpfte. Der Beschäftigungsgewinn des Dienstleistungssektors von etwa 11 000 konnte diesen Beschäftigungsverlust bei weitem nicht kompensieren.

Zerlegt man allerdings allein den Zeitraum von 1980 bis 1990, so ergibt sich ein differenzierteres Bild (vgl. Tab. 2, 3, 4). Von 1980 bis 1985 sank die Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe um 20 000. Nach 1985 verlangsamte sich der Beschäftigtenverlust in diesem Sektor auf nur noch minus 9000 Beschäftigte. Gleichzeitig stieg die Dienstleistungsbeschäftigung im Zeitraum von 1985 bis 1990 um 13 500. Das heißt, daß die Trendwende in der Gesamtbeschäftigtenentwicklung darauf zurückzuführen ist, daß im Dienstleistungsbereich die Beschäftigung stark zunahm und den abgeschwächten Industriebeschäftigtenverlust kompensierte.

Damit sank der Anteil der Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe von 49 Prozent im Jahre 1980 auf 39 Prozent im Jahre 1990. Der Dienstleistungsanteil stieg auf 60 Prozent (Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte). Gemäß der Arbeitsstättenzählung von 1987 wurden in Dortmund 177 000 Beschäftigungsfälle im Dienstleistungsbereich registriert — und nur noch 81 000 im Produzierenden Gewerbe. Das entspricht einem Tertiärisierungsgrad von 68 Prozent. Auch in Dortmund macht sich somit die Tendenz immer stärker bemerkbar, daß die Kernstädte von Verdichtungsräumen Standortvorteile vor allem noch für den Dienstleistungsbereich bieten, während das Produzierende Gewerbe immer mehr an Gewicht verliert.

Betrachtet man allein die Beschäftigtenentwicklung im Produzierenden Gewerbe, dann hat sich auch hier die Entwicklung zwischen 1990 und 1985 deutlich anders vollzogen als zwischen 1985 und 1980. Während in der ersten Hälfte der



Tab. 2: Beschäftigungsentwicklung in Dortmund 1980—1990

Branche	Jahr	1980	1985	1986	1987 ¹	1987 ²	1988	1989	1990
0 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Tierhaltung		781	987	1 060	1 102	1 235	1 101	1 045	1 164
1 Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau		24 924	23 028	21 995	19 975	6 746	17 977	17 300	14 995
20 Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung		666	821	846	860	831	842	847	883
21 Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung		509	574	542	556	765	623	673	731
22 Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden		1 763	1 391	1 379	1 355	1 011	1 336	1 404	1 403
23 Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei, Stahlverformung		26 805	17 635	17 566	16 316	14 048	15 688	15 543	14 600
24 Stahl-, Maschinen-, Fahrzeugbau		15 181	14 464	14 763	14 877	18 817	14 695	14 647	15 253
25 Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik		10 565	9 932	10 344	10 548	10 924	10 439	11 307	11 236
26 Holz-, Papier-, Druckgewerbe		2 905	2 624	2 741	2 804	3 618	2 864	2 840	2 982
27 Leder-, Textil-, Bekleidungs-gewerbe		1 159	735	646	717	1 231	792	742	824
28/29 Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		7 139	6 260	6 416	6 417	5 853	6 289	6 183	6 174
3 Baugewerbe		19 714	14 130	14 242	13 554	17 685	13 345	12 633	13 367
<i>Produzierendes Gewerbe insgesamt (1—3)</i>		111 330	91 594	91 480	87 979	81 529	84 890	84 119	82 448
4 Handel		37 383	32 719	32 374	33 050	45 472	33 201	33 272	34 224
5 Verkehr- und Nachrichtenübermittlung		11 517	12 076	11 989	11 767	18 724	11 636	11 777	12 158
6 Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe		9 924	10 454	10 660	10 633	11 444	10 722	10 846	11 040
7 Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen		42 045	41 713	43 036	44 220	53 587	46 207	47 689	51 359
8 Organisationen ohne Erwerbscharakter		3 831	5 112	5 614	5 610	12 643	5 685	5 601	5 584
9 Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen		9 807	9 988	10 295	10 098	35 679	10 307	10 567	10 910
Dienstleistungen insgesamt (4—9)		114 507	112 062	113 968	115 378	177 549	117 758	119 752	125 275
insgesamt		226 618	204 643	206 508	204 459	260 313	203 749	204 916	208 887

1987 (1): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
 1987 (2): Beschäftigte laut Arbeitsstättenzählung 1987

Quellen: (a): Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer, Düsseldorf, verschiedene Jahrgänge
 (b): Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen: Arbeitsstätten und Beschäftigte in den Gemeinden Nordrhein-Westfalens am 25. Mai 1987 nach ausgewählten Strukturmerkmalen, Düsseldorf 1989.

454 Tab. 3: Beschäftigungsentwicklung im Produzierenden Gewerbe in Dortmund und in der Bundesrepublik Deutschland (alt) 1980, 1985, 1990 (die Zahlen in Klammern sind die Werte für die Bundesrepublik Deutschland)

Branchen	Anteile und Wachstumsraten	Anteile an der Gesamtbeschäftigung in %			Wachstumsrate		
		1980	1985	1990	1980—1985	1985—1990	1980—1990
1	Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	11,00 (2,28)	11,25 (2,32)	7,18 (1,98)	— 7,61 (— 1,09)	— 34,88 (— 6,30)	— 39,84 (— 7,32)
20	Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung	0,29 (2,94)	0,40 (2,96)	0,42 (2,85)	23,27 (— 2,30)	7,55 (5,78)	32,58 (3,34)
21	Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	0,22 (1,67)	0,28 (1,68)	0,35 (1,86)	12,77 (— 2,11)	27,35 (21,05)	43,61 (18,49)
22	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	0,78 (1,82)	0,68 (1,57)	0,67 (1,42)	— 21,10 (— 16,18)	0,86 (— 0,25)	— 20,42 (— 16,39)
23	Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei, Stahlverformung	11,83 (3,51)	8,62 (3,13)	6,99 (2,94)	— 34,21 (— 13,21)	— 17,21 (3,07)	— 45,53 (— 10,54)
24	Stahl-, Maschinen-, Fahrzeugbau	6,70 (12,05)	7,07 (11,83)	7,30 (12,00)	— 4,72 (— 4,52)	5,45 (11,33)	0,47 (6,30)
25	Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	4,66 (8,17)	4,85 (7,93)	5,38 (8,11)	— 5,99 (— 5,53)	13,13 (12,32)	6,35 (6,11)
26	Holz-, Papier-, Druckgewerbe	1,28 (4,08)	1,28 (3,73)	1,43 (3,65)	— 9,67 (— 11,08)	13,64 (7,62)	2,65 (— 4,30)
27	Leder-, Textil-, Bekleidungs-gewerbe	0,51 (3,51)	0,36 (2,83)	0,39 (2,27)	— 36,58 (— 21,63)	12,11 (— 11,82)	— 28,90 (— 30,90)
28/	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	3,15 (3,48)	3,06 (3,42)	2,96 (3,13)	— 12,31 (— 4,33)	— 1,37 (0,50)	— 13,52 (— 3,85)
29							
3	Baugewerbe	8,70 (8,10)	6,90 (7,18)	6,40 (6,56)	— 28,33 (— 13,82)	— 5,40 (0,44)	— 32,20 (— 13,44)
	Produzierendes Gewerbe insgesamt	49,13 (51,62)	44,76 (48,58)	39,47 (46,79)	— 17,73 (— 8,45)	— 9,99 (5,74)	— 25,94 (— 3,20)

Quellen: (a): Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer, Düsseldorf, verschiedene Jahrgänge
 (b): Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch, Wiesbaden, verschiedene Jahrgänge.

456 Tab. 4: Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungsgewerbe in Dortmund und in der Bundesrepublik Deutschland (alt) 1980, 1985, 1990 (die Zahlen in Klammern sind die Werte für die Bundesrepublik Deutschland)

	Anteile und Wachstumsraten	Anteile an der Gesamtbeschäftigung in %			Wachstumsrate		
		1980	1985	1990	1980— 1985	1985— 1990	1980— 1990
4 Handel		16,50 (13,9)	15,99 (13,54)	16,38 (13,62)	— 12,48 (— 5,28)	4,60 (10,49)	— 8,45 (— 4,65)
5 Verkehr und Nachrichtenübermittlung		5,08 (4,76)	5,90 (4,89)	5,82 (4,93)	4,85 (— 0,26)	0,68 (10,89)	5,57 (10,60)
6 Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe		4,38 (3,64)	5,11 (3,95)	5,29 (3,98)	5,34 (5,56)	5,61 (10,70)	11,25 (34,51)
7 Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen		18,55 (16,90)	20,38 (19,02)	24,59 (20,92)	— 0,79 (9,47)	23,12 (20,76)	22,15 (32,20)
71/ Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe		2,23 (2,89)	2,70 (3,35)	3,36 (3,67)	9,12 (12,72)	27,18 (20,18)	38,78 (35,48)
72		2,03 (1,43)	2,04 (1,56)	2,68 (1,61)	— 9,23 (5,56)	34,08 (13,60)	21,71 (19,92)
73/ Reinigung und Körperpflege		4,15 (3,84)	4,87 (4,05)	5,54 (4,17)	6,09 (2,51)	16,08 (13,07)	23,15 (15,91)
74		4,41 (4,76)	5,21 (5,57)	5,89 (5,91)	6,71 (13,77)	15,43 (16,37)	23,18 (32,40)
75/ Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik		4,11 (2,77)	3,91 (3,16)	4,53 (3,78)	— 14,14 (11,16)	18,25 (31,20)	1,53 (45,85)
76		1,62 (1,21)	1,65 (1,34)	2,58 (1,80)	— 8,08 (7,62)	59,71 (47,34)	46,81 (58,57)
77 Gesundheits- und Veterinärwesen		1,69 (1,71)	2,50 (2,08)	2,67 (2,25)	33,44 (18,80)	9,23 (18,58)	45,76 (40,88)
78 Rechts- und Wirtschaftsberatung		4,33 (6,42)	4,88 (6,81)	5,22 (6,50)	1,85 (3,19)	9,23 (4,92)	11,25 (8,26)
79 sonstige Dienstleistungen		1,69 (1,71)	2,50 (2,08)	2,67 (2,25)	33,44 (18,80)	9,23 (18,58)	45,76 (40,88)
8 Organisation ohne Erwerbscharakter		4,33 (6,42)	4,88 (6,81)	5,22 (6,50)	1,85 (3,19)	9,23 (4,92)	11,25 (8,26)
9 Gebietskörperschaften		4,33 (6,42)	4,88 (6,81)	5,22 (6,50)	1,85 (3,19)	9,23 (4,92)	11,25 (8,26)
Dienstleistungen insgesamt		50,53 (47,33)	54,76 (50,29)	59,97 (52,22)	— 2,14 (3,34)	11,79 (14,01)	9,40 (17,82)

Quellen: (a): Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer, Düsseldorf, verschiedene Jahrgänge
 (b): Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch, Wiesbaden, verschiedene Jahrgänge

80er Jahre der Hauptbeschäftigtenverlust durch den Eisen- und Stahlbereich erzeugt wurde, und zusätzlich fast alle anderen Industriebranchen prozentual mehr Beschäftigte abbauten als dieselben Branchen auf Bundesebene, stellt sich das Bild zwischen 1985 und 1990 deutlich differenzierter dar. Der Hauptbeschäftigtenverlust lag in der zweiten Hälfte der 80er Jahre im Bergbau (— 9000 Beschäftigte) und im Eisen- und Stahlbereich (— 3000). Kleinere Beschäftigtenverluste gab es darüber hinaus noch im Baugewerbe. Alle anderen Branchen des produzierenden Gewerbes konnten jedoch ihre Beschäftigtenzahlen wieder ausdehnen, einige sogar relativ mehr als dieselben Branchen im Bundesgebiet. Ob daraus schon auf eine grundsätzliche Erholung der Dortmunder Industrie geschlossen werden kann, ist unklar. Aber offensichtlich sind die Dortmunder Industriebetriebe mehr als früher in der Lage, sich vom Schrumpfungsprozeß im Kohle- und Stahlbereich abzukoppeln und auf anderen Märkten Erfolge zu erzielen.

Dafür, daß der weiter absehbare Schrumpfungsprozeß im Kohle- und Stahlbereich in der Zukunft immer weniger die anderen Branchenentwicklungen negativ beeinträchtigen wird, gibt es ein weiteres Anzeichen. Im Jahre 1980 waren noch etwa 23 Prozent der Gesamtbeschäftigten im Montanbereich tätig, im Jahre 1990 sind es nur noch 14 Prozent. Im Jahre 1985 wurde die Zeche Gneisenau und im Jahre 1987 die Zeche Minister Stein endgültig geschlossen. Damit gibt es in Dortmund keine fördernden Zechen mehr. Dortmund hat im Arbeitsplatzbereich endgültig die alte Monostruktur um Kohle und Stahl überwunden.

Dies zeigt sich auch in der Beschäftigungsentwicklung des Dienstleistungssektors. Noch zwischen 1980 und 1985 bewirkte der überaus hohe Beschäftigtenverlust im Produzierenden Gewerbe einen leichten Rückgang des Tertiären Sektors in Dortmund, hervorgerufen vor allem durch die Schrumpfungsprozesse im Handel, im Bereich Reinigung und Körperpflege sowie im Bereich Rechts- und Wirtschaftsberatung. Seit 1985 gibt es jedoch einen eindeutigen Trendwechsel, und alle Dienstleistungsbranchen wachsen — zum Teil sehr stark und stärker als im Bundesdurchschnitt.

Trotz der verschiedenen positiven Aspekte und Tendenzen des wirtschaftlichen Strukturwandels in Dortmund stellt jedoch der Schrumpfungsprozeß des Montansektors immer noch eine erhebliche Hypothek für die Gesamtbeschäftigung in Dortmund dar. Trotz der Trendwende bleibt die Gesamtbeschäftigung weiter hinter der bundesdurchschnittlichen Entwicklung zurück.

Auch andere Indikatoren belegen die relative Wirtschaftsschwäche der Stadt Dortmund. Unter den 12 Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern (alte Bundesländer) hat Dortmund die niedrigste Bruttowertschöpfung pro Kopf², die niedrigsten Steuereinnahmen je Einwohner³ und eine Kaufkraft pro Kopf, die bei 95 Prozent des Bundesdurchschnitts liegt.⁴

3. Handlungsfelder der Wirtschaftsförderung

Die fünf wichtigsten Handlungsfelder der Wirtschaftsförderung Dortmund waren Mitte der 80er Jahre:

1. Innovationsorientierte kommunale Wirtschaftspolitik
2. Beschäftigungspolitische Initiativen
3. Gewerbe- und Industrieflächenpolitik
4. Gemengelagepolitik
5. Restrukturierung des Stahlbereichs: Hoesch AG

Weitere Aktivitäten der Wirtschaftsförderung Dortmund bezogen sich auf die Mitwirkung bei der Modernisierung der Infrastruktur sowie beim City-Konzept der Stadt. Der Ende der 80er Jahre einsetzende Hotel- und Bürobau-Boom zwingt die Wirtschaftsförderung Dortmund darüber hinaus, sich systematischer als bisher mit der Büroflächenentwicklung der Stadt auseinanderzusetzen und ein Büroflächenkonzept vorzulegen.

3.1 Innovationsorientierte kommunale Wirtschaftsförderung

Wichtigste Bausteine der innovationsorientierten Wirtschaftspolitik in Dortmund sind seit Mitte der 80er Jahre das Technologiezentrum sowie der Technologiepark Dortmund, die beide in unmittelbarer Nachbarschaft der Universität Dortmund gelegen sind.

Als der Grundstein für das Technologiezentrum im Januar 1985 nach erstaunlich kurzen Entscheidungsprozessen unter den beteiligten Akteuren gelegt wurde, war der spätere große Erfolg dieser Einrichtung noch keineswegs abzusehen. Der Sogeffekt der ersten Einrichtung dieser Art in Nordrhein-Westfalen und die ersten Erfolge des Technologiezentrums waren beträchtlich.

Das Technologiezentrum, ein gemeinschaftliches Projekt der Stadt Dortmund (38,5 %), der IHK Dortmund (24 %), der Dortmunder Handwerkskammer, der Gesellschaft für Prozeßautomation mbH Dortmund (einer Hoesch-Tochter, (12,5 %)) und von sieben Dortmunder Banken mußte in den vergangenen sieben Jahren zweimal erweitert werden.⁵

Im Herbst 1992 waren in den drei Gebäuden (25 000 qm Nutzfläche) des fast völlig ausgebuchten Technologiezentrums unter anderem

- ein Zentrum für Qualitätssicherung,
- ein Qualifizierungs- und Transferzentrum (TechnoTrans: ein Ableger des Weiterbildungswerkes der IHK Dortmund und der Gesellschaft für Technik und Wirtschaft e. V.),
- das Umweltzentrum Dortmund,
- ein Zentrum für Software und Telekommunikation (SISZ),
- ein Zentrum für Expertensysteme

untergebracht. Mit einem Mikrostrukturzentrum ist die nächste Erweiterung in der Planung.

Parallel dazu wurde seit 1985 der Technologiepark Dortmund entwickelt. Eingebunden in eine ehrgeizige Universitäts-Umlandplanung (mit Landschaftspark, Bachrenaturierungen, Permakultur-Park, Rückbau einer vierspurigen Straße etc.) entstand seitdem das bisher mit Abstand attraktivste Gewerbegebiet des Ruhrgebietes, basierend auf einem anspruchsvollen städtebaulichen Konzept, das die einzelnen Bauten in einem Leitplan einbindet, der sowohl die

bauliche Einheit der individuell erstellten Bauten sowie ökologisch hochwertige Freiräume sichert. Die strengen Gestaltungsauflagen wurden nach anfänglichen Schwierigkeiten von den Investoren gern akzeptiert, weil sie nicht unerheblich zur Attraktivität des Parks beigetragen haben.

Der 12 ha große Technologiepark hat sich als idealer und attraktiver Standort für technologieorientierte Dienstleistungsunternehmen und für mittelständische Forschungs- und Entwicklungsunternehmen in Dortmund etabliert. Im Herbst 1992 waren in diesem Park 3850 Beschäftigte tätig, davon 850 im Technologiezentrum und etwa 3000 in den Firmen und Instituten im Park. Dabei verfügen über 70 Prozent der Beschäftigten im Technologiezentrum und 50 Prozent der im Technologiepark tätigen Angestellten über einen Hochschulabschluß. Nicht unerheblich, aber aufgrund großer Fluktuation quantitativ nur schwer zu erfassen, ist die Zahl der Studierenden, die in den einzelnen Firmen als Hilfskräfte auf Stundenbasis beschäftigt sind. Eine Befragung im Sommer 1990 ergab, daß jeder zweite Wissenschaftler eine studentische Hilfskraft beschäftigt hatte.⁶

Basis des Technologiezentrums war — neben der Universität Dortmund — von Anfang an das Fraunhofer-Institut für Transporttechnik und Warendistribution, das 1982 gegründet wurde. In ihm sind im Herbst 1992 allein 200 wissenschaftliche Angestellte (und 400 studentische Hilfskräfte) tätig. Durch nicht unbeträchtliche öffentliche Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen (25 Mio. DM) wurde im August 1992 der dritte Abschnitt des erfolgreichen Institutes eingeweiht.

Weitere innovative Einrichtungen im Umfeld der Universität Dortmund sind:

- die Elektronen-Testspeicherring-Anlage (DELTA)
- ein Institut für Roboterforschung
- eine Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft als institutionelles Dach für drei weitere F+E-Zentren (Zentrum für Expertensysteme (ZED), eine Initiative zur rechnerintegrierten Fertigung (RIF) und ein Informatikzentrum Dortmund, (ICD).

Doch trotz hoher öffentlicher Strukturhilfemittel des Landes zögern die IHK Dortmund und private Unternehmen im östlichen Ruhrgebiet noch, das Projekt zu fördern, weil der laufende Betrieb des schon im Bau befindlichen Projektes noch nicht gesichert ist.

Im Technologiezentrum arbeiten zur Zeit 120 Firmen auf einer breiten Palette von Forschungs- und Entwicklungsfeldern. In der Reihe ihrer Bedeutung sind dies:

- Elektronik (mit abschwächender Nachfrage)
- Softwaretechnologien (mit weiter wachsender Bedeutung)
- Qualitätskontrolle
- Logistik/Materialfluß/Verpackungstechnologie
- Umwelttechnologien (mit steigender Nachfrage)
- Robotik/Handhabungssysteme
- Mikrosystemtechnologien
- Werkstofftechnologien

Ergänzungen im Bereich Industriedesign sind vorgesehen.

Das Technologiezentrum hat eine ständige Warteliste von mehr als zehn Firmen, die die Synergieeffekte des Technologiezentrums und des -parks nutzen

möchten. Im Verlauf der nun achtjährigen Geschichte des Technologiezentrums hat nur eine (!) Firma wieder aufgeben müssen. Alle anderen Neugründungen sind kontinuierlich gewachsen und manche sind schon nach kurzer Zeit in den Technologiepark umgesiedelt. Die größten Firmen dort sind heute die Firmen Elmos (150—160 Beschäftigte), Qantum (über 100 Beschäftigte) und Kostal (über 100 Beschäftigte).

Der Technologiepark Dortmund ist auf den bestehenden Flächen so gut wie ausgebucht. Das ursprüngliche Konzept ist völlig aufgegangen. Der Park dient nicht nur zur Unterbringung von aus dem Technologiezentrum aussiedelnden Unternehmen, sondern hat sich auch als gute Adresse für Neuansiedlungen aus Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik Deutschland erwiesen. Die anhaltende Nachfrage hat dazu geführt, daß die Wirtschaftsförderung Dortmund die Inanspruchnahme weiterer Flächen im Umfeld der Universität Dortmund durchgesetzt hat. So entsteht östlich der Universität ein weiteres hochqualifiziertes Gewerbegebiet, in dem ein neues REFA-Institut und weitere reine Bürobetriebe angesiedelt werden sollen. Zusätzlich ist westlich des bestehenden Technologieparks eine Erweiterung des Gebietes geplant, das noch einmal 10—12 ha verfügbar machen soll.⁷ Hierfür soll eine Entwicklungsgesellschaft gegründet werden (Träger: Stadt Dortmund und weitere Finanzierungsinstitutionen). In diesem Gebiet sollen die Flächen nur noch verpachtet werden, um noch mehr Einfluß auf die Firmenansiedlungen zu haben und um sicherzustellen, daß nur solche Firmen angesiedelt werden, die auch wirklich auf eine enge Verknüpfung mit den Forschungs- und Entwicklungspotentialen der Universität angewiesen sind, und nicht nur den attraktiven, imagerträchtigen Standort nutzen wollen. Der gestalterischen Qualität wird wiederum große Bedeutung beigemessen, denn die ästhetische und umweltfreundliche Qualität des Arbeitsumfeldes hat sich nach Aussagen der im Park angesiedelten Unternehmen als ein ganz entscheidender Faktor bei der Einwerbung und Arbeitsplatzkontinuität hoch qualifizierter Arbeitskräfte erwiesen.⁸

Nach Fertigstellung dieses vorläufig letzten Bauabschnittes werden im näheren Umfeld der Universität etwa 6000 neue Arbeitsplätze entstanden sein, davon etwa 1000 im Technologiezentrum.

Das Technologiezentrum und der Technologiepark Dortmund sind unbestritten die größten Erfolge der Wirtschaftsförderung Dortmund seit 1985. Beide Einrichtungen gehören zu den attraktivsten ihrer Art in der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Erfolg ist um so höher einzuschätzen, als er in einer Stadt und Region erzielt wurde, der kaum jemand derartige Innovationspotentiale zugezählt hätte.

Die wesentlichen Faktoren dieses Erfolges waren und sind:

- ein verkehrsgünstig idealer Standort im östlichen Ruhrgebiet mit schnell verfügbaren Flächen im Umfeld einer Technischen Universität;
- eine Reihe von technischen und naturwissenschaftlichen, innovativen und zukunftsorientierten Fakultäten mit großen Forschungs- und Entwicklungspotentialen auf innovativen und zukunftsorientierten Forschungsfeldern;
- der schnelle Konsens öffentlicher und privater Dortmunder Akteure bei der Realisierung der Projektidee und die laufende Unterstützung des Parks

- durch einzelne Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der Stadt, der Region und im Lande;
- die großzügige staatliche Förderung des Technologieparks, des Technologiezentrums und der darauf bezogenen F+E-Einrichtungen an der Universität Dortmund;
- das dichte Netz von sich gegenseitig ergänzenden und eng kooperierenden Einrichtungen bei den verschiedenen Akteuren, das schnelle und kontinuierliche Informations- und Kommunikationsflüsse zwischen den Akteuren ermöglicht und sichert;
- die hohe gestalterische Qualität des Technologieparks und seines Umfeldes;
- die Synergieeffekte, die der schnelle erste Erfolg des Parks mit sich brachte („... nichts ist erfolgreicher als der Erfolg“), auch die schnelle Gründung eines Ablegers, des Technologiezentrums Dresden, in dem vor allem Firmen aus dem Technologiepark Dortmund Zweigbetriebe errichtet haben;
- das Vertrauen auf lokale Entwicklungspotentiale, also auf Betriebe, die aus dem Umfeld der Universität und der Fachhochschule entstanden.

Der Erfolg dieser Projekte hat für Dortmund noch weitere positive Aspekte:

- Das Image der Stadt Dortmund hat sich in den vergangenen Jahren erheblich geändert. Das Bild von der modernen Technologiestadt, die den Strukturwandel erfolgreich bewältigt hat, ist außerhalb der Region sehr verbreitet. Dies wiederum trägt entscheidend dazu bei, Dortmund als Standort für Investitionen im Ruhrgebiet mit ins Kalkül zu ziehen.

Ist der Arbeitsplatzeffekt der Projekte im Umfeld der Universität für sich genommen schon recht bedeutend, so sprechen viele Indikatoren dafür, daß auch außerhalb der direkten Nachbarschaft der Universität zahlreiche Arbeitsplätze entstanden sind, die auf die Innovationspolitik der Stadt zurückgehen. Nicht alle Spin-Offs des Technologiezentrums nehmen ihren Standort im Technologiepark, und nicht alle innovativen Firmen in Dortmund drängen in den Technologiepark, obwohl sie die Potentiale der Universität und der Firmen des Technologiezentrums sowie der Firmen im Technologiepark nutzen. Sichtbarer Indikator dafür ist die stark gestiegene Büroflächennachfrage nach Büromietflächen insbesondere durch kleine Büros, die auch andere Standorte in Dortmund erfahren und die zu starken Büromietsteigerungen geführt haben. Der erste private Gewerbepark in Dortmund („Service-Park Bärenbruch“), der demnächst entstehen wird, zielt auf genau diese Nachfrage ab. Obwohl der letzte empirische Beleg dafür fehlt, wird man doch mit großer Wahrscheinlichkeit sagen können, daß die positiven Strukturveränderungen in Dortmund (vgl. Kap. 1) zu nicht unerheblichen Teilen auf die erfolgreiche Innovationspolitik in Dortmund zurückgeführt werden können.

Auch im Vergleich zu den anderen hier behandelten Handlungsfeldern schneiden Arbeitsplatz- und Struktureffekte der lokalen Innovationspolitik in Dortmund bei weitem am besten ab.

In den kommenden Jahren wird sich zeigen, ob trotz ungünstiger werdender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen die anspruchsvollen Pläne für einen weiteren Ausbau des Technologieparks verwirklicht werden können und ob die Kontinuität des Erfolges nachhaltig gesichert werden kann. Dies wird im wesentlichen davon abhängen, ob

- es gelingt, den in letzter Zeit brüchiger gewordenen Konsens der lokalen Akteure wieder zu beleben, oder ob es dazu einer erneuten Krise bedarf, die vor Jahren die lokalen Akteure veranlaßt hatte, gemeinsam zu handeln,
- auch in Zukunft einzelne risikofreudige, innovative und kommunikative Akteure im gegebenen lokalpolitischen Umfeld die Chance haben, notwendige Fäden zusammenzuführen und zusammenzuhalten bzw. neue Initiativen zu entfalten, um die kontinuierliche strukturelle Erneuerung zu sichern,
- die beachtlichen öffentlichen Mittel des Landes und des Bundes, die in das Projekt (und in die F + E-Einrichtungen der Universität Dortmund) über Jahre hin geflossen sind, auch weiterhin zur Verfügung stehen,
- die mit dem Technologiepark verknüpften städtebaulichen und ökologischen Visionen, die seinerzeit die lokale Akzeptanz für das Projekt hergestellt haben, auch eingelöst werden,
- die F + E-Einrichtungen der Universität selbst ihre Innovationskraft weiter stärken und sichern können.

Doch schon heute läßt sich sagen, daß die Stadt Dortmund ohne die Impulse, die vom Technologiepark auf das wirtschaftliche Umfeld der Stadt ausgegangen sind, sehr viel schlechter auf die Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts vorbereitet wäre.

3.2 Beschäftigungspolitische Initiativen

Die Arbeitslosigkeit ist in Dortmund zwar von 40 000 (1985) auf 34 000 gesunken (Juni 1992), mit 11,1 Prozent ist sie jedoch immer noch sehr hoch. Sie ist zudem gegenüber dem Vorjahr — vor allem als Folge der starken Zuwanderung von Aussiedlern — wieder leicht gestiegen (durchschnittliche Arbeitslosenquote 1991: 10,7 %). Von der seit 1988 einsetzenden Entlastung des Arbeitsmarktes haben vor allem Frauen und Jugendliche profitiert. Kaum profitiert haben die sogenannten Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt (in Dortmund vor allem männliche Langzeitarbeitslose und Arbeitslose mit individuellen Leistungsschwächen).

Seit 1985 verzeichnet Dortmund vielfältige Aktivitäten einer kommunalen Arbeitsmarktpolitik. In jenem Jahr verabschiedete der Rat der Stadt Dortmund ein Programm „Beschäftigungspolitische Initiativen der Stadt Dortmund“, das vorsah: die Verstärkung beruflicher Ausbildungsmaßnahmen; die Intensivierung der Nutzung von AB-Maßnahmen; die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für arbeitslose Sozialhilfeempfänger; die Förderung sogenannter unkonventioneller Beschäftigungsinitiativen.⁹

Seitdem sind alle diese Maßnahmen in die Tat umgesetzt worden (u. a. Ausdehnung der AB-Maßnahmen auf 2000 jährlich; ein städtisches Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“, etc.). Darüber hinaus hatte vor allem das 1985 vom Rat der Stadt Dortmund beschlossene Projektbündel „Entwicklungszentrum Dortmund“, „Arbeit- und Umwelt GmbH“ sowie „Gewerbezentrum Huckarder Straße“ zeitweise überregional positive Beachtung gefunden.

Das „Entwicklungszentrum Dortmund“ ist eine örtliche Beschäftigungsinitiative, die im wesentlichen von der Stadt Dortmund, den örtlichen Gewerkschaften

und anderen, den Gewerkschaften nahestehenden Firmen und Personen, getragen wird. Das „Entwicklungszentrum Dortmund“ (EWZ) sollte unter anderem den Wissenstransfer zwischen Hochschule und Arbeitswelt organisieren, Ausbildungsförderung betreiben, Beschäftigungsprojekte einleiten, fördern und durchführen und unkonventionelle Beschäftigungsinitiativen in der Produktentwicklung unterstützen.

Kern der EWZ-Philosophie war jedoch die Entwicklung sozial- und umweltverträglicher Produkte durch Arbeitslose und ein hochqualifiziertes Management. Um diesen Kern sollten sich die anderen Maßnahmenbündel gruppieren. Damit sollte das Entwicklungszentrum von vornherein einen gewerkschaftsorientierten Gegenpol zum Technologiezentrum Dortmund bilden, bei dessen Produkten man die Sozial- und Umweltverträglichkeit nicht gewährleistet sah. Das EWZ sollte Demonstrationsobjekt einer anderen lokalen Wirtschafts- und Strukturpolitik, wie sie die Gewerkschaften forderten, sein.¹⁰

Diesen hohen Anspruch hat das EWZ letzten Endes nicht einlösen können. Zwar wurden zahlreiche Aktivitäten im Bereich der Produktentwicklung unternommen, konzentriert auf die Bereiche „Umwelttechnik und Recycling“ sowie „Natur- und Umweltschutz in der Bauwirtschaft“, zwar wurden auch Produkte entwickelt und Patente angemeldet, aber nur ganz wenige Produkte wurden schließlich marktfähig. Darüber hinaus wurden zahlreiche andere Maßnahmen durchgeführt. Die nur geringen Erfolge in der Produktentwicklung und dauernde Finanzierungsschwierigkeiten zwangen das Entwicklungszentrum im Jahre 1991 zu einer radikalen Neustrukturierung.¹¹ Aufgegeben wurde der anfängliche Kernbereich des EWZ — der Versuch, Langzeitarbeitslosen mit neuen Ideen und neuen Produkten, vor allem aus dem Umweltbereich, zu einer dauerhaften Beschäftigung zu verhelfen. Das EWZ wird sich in den nächsten Jahren auf die berufliche Umwelt-Weiterbildung und auf Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen konzentrieren.

Das zweite Projekt des oben genannten Projektbündels — die „Arbeit und Umwelt GmbH“ — hat nur zwei Jahre überlebt. Die „Arbeit und Umwelt GmbH“ war eine Beschäftigungsgesellschaft der Stadt Dortmund, in deren Rahmen etwa 50 vor allem längerfristig Arbeitslose neue umweltverträgliche Produkte entwickeln sollten, die die Basis neuer Unternehmen darstellen sollten. Zwei Projekte wurden begonnen: ein Projekt zur Neuentwicklung von Metallcontainern für die Getrenntsammlung von Papier und Altglas sowie ein Projekt, das nach neuen Wegen des Recyclings von alten Autos gesucht hat. Beide Projekte, in die insgesamt 2 Mio. DM an öffentlichen Mitteln geflossen sind, sind schnell gescheitert. Beträchtliche Managementfehler führten zu erheblichen Leerläufen innerhalb des Betriebes, mangelhafter Produktentwicklung, fehlender Ausbildungsförderung etc. Die Stadt Dortmund faßte schon 1987 den Beschluß, die GmbH wieder aufzulösen.

Das Projekt „Gewerbezentrum Huckarder Straße“ war ein Projekt der großzügigen Wiedernutzung aufgegebener Industriegebäude, vor allem zur räumlichen Unterbringung der „Arbeit und Umwelt GmbH“, des „Entwicklungszentrum Dortmund“ sowie weiterer Existenzgründer. Auch dieses Projekt wurde im geplanten Rahmen nicht realisiert. Stattdessen wurde eine „Union Gewerbehof GmbH“ gegründet, der es gelang, mit Hilfe von Mitteln aus der „Zukunftsinitia-

tive Montanregionen“ ein leerstehendes Hoesch-Gebäude zu erwerben und unter Einbringung erheblicher Eigenleistungen zum „Union Gewerbehof“ umzunutzen. Heute sind im „Union Gewerbehof“ elf Vereine, Projekte bzw. Firmen und drei Einzelständige ansässig. Bei allen handelt es sich um verschiedene Typen von Beschäftigungsinitiativen, die auf Feldern tätig sind, wie sie durch das „Entwicklungszentrum Dortmund“ vorgezeichnet wurden.¹²

Diese drei Projekte kennzeichnen jedoch nur einen kleinen Teil der beschäftigungspolitischen Szenerie in Dortmund. Seit 1985 hat sich ein relativ breites Umfeld für Beschäftigungsinitiativen entwickelt. Auch traditionelle freie Träger der Sozialpolitik betätigen sich mit immer mehr Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik. Dennoch bietet der Gesamtbereich ein nur schwer überschaubares Bild. Eine Untersuchung aus dem Jahre 1987 spricht von einer Zahl von 126 Initiativen im Raum Dortmund.¹³ In diesen Betrieben gab es 1987 etwa 750 Beschäftigte.

Zur Förderung der Beschäftigungsinitiativen hat die Wirtschaftsförderung Dortmund die „Koordinierungsstelle für beschäftigungspolitische Initiativen“ eingerichtet. Diese Stelle, die 1986 mit drei Beschäftigten geschaffen wurde, hat vielfältige Aufgaben. Neben konzeptionellen und koordinierenden Tätigkeiten berät sie insbesondere arbeitsplatzschaffende Vorhaben von Einzelpersonen, Beschäftigungsinitiativen und öffentlichen Institutionen. So gibt sie an, sie habe im Jahre 1989 316 Projekte mit 645 Arbeitsplätzen intensiv beraten und betreut.¹⁴ Darüber hinaus verwaltet sie den „Städtischen Fonds zur Förderung von Beschäftigungsinitiativen“ (Ausgaben 1989: 130 000 DM) sowie den städtischen „Fonds zur Ergänzungsfinanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“. Auch an weiteren Programmen des Landes und der EG ist die Koordinierungsstelle maßgeblich beteiligt.

Ein zentrales Instrument zur Abstimmung der Arbeitsmarktpolitik sind die sogenannten „Dortmund-Konferenzen“. Diese Konferenzen, die auf Druck der Gewerkschaften zustande gekommen und seit 1989 jährlich einmal durchgeführt worden sind, führen die wichtigsten Träger im Bereich der Arbeitsmarktpolitik zusammen (darunter auch das Arbeitsamt, die IHK und die Handwerkskammer). Ihr Ziel ist die Beratung über verschiedene neue Maßnahmen und die Herstellung eines stadtweiten Konsenses über die Linien der Arbeitsmarktpolitik in Dortmund.

Aus der Dortmund-Konferenz heraus entstand im Jahre 1991 ein neuer „Verein zur Förderung von Arbeit, Beruf und Stadtentwicklung“. Im Jahre 1992 sollte aus diesem Verein eine neue Beschäftigungsgesellschaft der Stadt Dortmund entstehen („Gesellschaft für Arbeit, Beruf und Stadtentwicklung“ (GABS)). Mitte 1992 müssen diese Pläne aber als gescheitert angesehen werden. Der Grund für dieses Scheitern liegt vor allem darin, daß die private Wirtschaft eine Beteiligung an der Gesellschaft verweigert hat. Politik und Verwaltung wollten aber auf keinen Fall einen Alleingang wagen. „Die Furcht vor einem finanziellen Desaster sitzt in Erinnerung an den ersten Fehlversuch mit der ‚Arbeit und Umwelt GmbH‘ sehr tief“.¹⁵

Ersatz für die geplante städtische Gesellschaft soll nun eine regionale „Agentur für die Qualifizierung aller am Wirtschaftsleben Beteiligter“ sein. Vor dem Hintergrund einer sich abzeichnenden drastischen Kürzung bei den AB-Maß-

nahmen, zu der sich die Bundesanstalt für Arbeit als Folge der Streichungen bei den Bundeszuschüssen gezwungen sieht, soll die neue regionale Agentur vor allem für die bestehenden Initiativen Fördertöpfe erschließen, Projekte koordinieren und Hilfen leisten.

Die Bedeutung der Dortmunder Politik für den zweiten Arbeitsmarkt ist in Anbetracht der weiter hohen Arbeitslosigkeit immer noch groß. Viel mehr Träger als 1985 engagieren sich in diesem Bereich, und auch bei der IHK und der Handwerkskammer ist die Akzeptanz einer solchen Politik deutlich gestiegen — bei allen Konflikten, die im Einzelfall immer wieder auftauchen. Allerdings mußten alle Hoffnungen aufgegeben werden, diese Politik zu einer alternativen Strukturpolitik (im Gegensatz zur Technologiepolitik) ausbauen zu können. Im Kern geht es Anfang der 90er Jahre vor allem darum, Arbeitslose über Qualifizierungsmaßnahmen wieder in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern. Und dabei gibt es offensichtlich keinen großen Wurf, sondern nur die mühsame Addition verschiedener größerer und kleinerer Projekte, die im einzelnen zwar sehr sinnvoll, aber nicht besonders glanzvoll sind.

Bedenkt man, daß seit 1985 bis Ende 1991 mindestens 11 000 Personen in ABM-Stellen beschäftigt waren und noch einmal beinahe 2000 Personen im Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“, dann wird deutlich, daß die Maßnahmen zeitweilig einen erheblichen Entlastungseffekt auf dem Arbeitsmarkt gehabt haben müssen. Der tatsächliche Effekt der Schaffung neuer sicherer Arbeitsplätze durch die Förderung von Beschäftigungsinitiativen ist jedoch gering geblieben. Die Höhe der Arbeitslosigkeit in Dortmund ist wohl durch diese Politik nur geringfügig verringert worden.

Trotz aller Erfolge im einzelnen ist die Arbeitsmarktpolitik nicht stark genug, hier entscheidende Gegengewichte setzen zu können. Ein fühlbarer Abbau der immer noch hohen Arbeitslosigkeit kann letzten Endes nur durch die Koppelung von lokaler Arbeitsmarktpolitik und durch Wachstum von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt erzielt werden.

3.3 Gewerbe- und Industrieflächenpolitik

Die Erfolge der wirtschaftlichen Umstrukturierung in Dortmund haben einen in dieser Höhe nicht erwarteten Bedarf an Gewerbe- und Industrieflächen zur Folge gehabt. Die Wirtschaftsförderung Dortmund hat in den letzten 10 Jahren durchschnittlich jährlich etwa 20 ha Gewerbe- und Industriefläche pro Jahr verkauft. Es ist davon auszugehen, daß auch der zukünftige Bedarf bis zum Jahr 2000 bei etwa dieser Größenordnung liegen wird. Die Wirtschaftsförderung Dortmund hat zur Zeit in den bestehenden Industrie- und Gewerbegebieten jedoch nur noch einige Restflächen zur Verfügung. Für die „normale“ Industrie- und Gewerbeflächennachfrage in Dortmund wird die Situation langsam sehr kritisch. Die Industrie- und Gewerbeflächenpolitik der Stadt steht immer mehr vor einem Dilemma, das kurz- und mittelfristig nicht aus der Welt zu schaffen ist:

In mehreren Beschlüssen hat der Rat der Stadt Dortmund bekräftigt, daß die Wiedernutzung der zahlreichen kleineren und großen Industriebrachen (über-

wiegend: Zechenbrachen) Vorrang haben soll. Trotz verschiedenster Anläufe und Bemühungen ist es jedoch in den letzten fünf Jahren nicht gelungen, gewerbliche Wiedernutzungsflächen baureif zu machen. Andererseits ließen sich Bemühungen der Wirtschaftsförderung Dortmund, durch die Ausweisung von bislang nicht bebauten und bisher noch landwirtschaftlich genutzten Flächen dem Mangel an Industrie- und Gewerbeflächen abzuwehren, aus ökologischen Gründen politisch nur in begrenztem Maße durchsetzen.

3.3.1 Neuausweisung von Industrie- und Gewerbeflächen „auf der grünen Wiese“.

Der absehbare Gewerbe- und Industrieflächenengpaß veranlaßte die Wirtschaftsförderung Dortmund, im Herbst 1988 dem Rat der Stadt Dortmund einen Antrag auf Beschlußfassung über die Ausweisung von drei Gewerbe- und Industriegebieten auf bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen vorzulegen.¹⁶ Doch bis auf ein Teilgebiet eines der vorgeschlagenen Gebiete wurden die Vorschläge der Verwaltung vom Rat der Stadt abgelehnt.

Weitere Anstrengungen, Industrie- und Gewerbeflächen für die „normale“ Industrie- und Gewerbeflächennachfrage im Flächennutzungsplan neu auszuweisen, wurden seitdem nicht mehr unternommen.

Etwas unabhängig davon ist die geplante Erweiterung des Technologieparkes zu sehen (vgl. Kap. 3.1), wo es um die Befriedigung einer hochspezialisierten Nachfrage geht. Da die Flächeninanspruchnahme in diesem Fall sogar in einer Fläche des regionalen Grünzugs geschehen soll, war hier ein zähes Aushandeln mit dem für die Regionalplanung zuständigen Regierungspräsidenten in Arnsberg erforderlich, das nur dadurch zu einem für die Wirtschaftsförderung erfolgreichen Abschluß gebracht werden konnte, daß die Stadt erhebliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen akzeptierte.

Anzumerken ist, daß aus Kreisen der traditionellen Arbeiterschaft in wachsendem Maße gegen diese Richtung der Politik mobil gemacht wird. Aus diesen Gruppierungen wird eine stärkere Betonung der Sicherung von Industriestandorten in Dortmund gefordert, vor allem unter Herabstufung der ökologischen Belange. Es wird abzuwarten bleiben, ob sich diese Positionen in der Zukunft in Dortmund stärker durchsetzen können.

3.3.2 Wiedernutzung von Industrie- und Gewerbeflächen

Die bisher einzige großflächige Industriebrache, die einer gewerblich/industriellen Wiedernutzung zugeführt werden konnte, ist die Fläche des ehemaligen Hoesch-Stahlwerkes Union, das 1982 stillgelegt wurde. 1987 erwarb der Grundstücksfonds Ruhr einen großen Teil der Fläche, die Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen führte die Wiederaufbereitungsmaßnahmen durch, die allerdings erst 1991 weitgehend zum Abschluß gebracht werden konnten. Schon vorher wurde allerdings mit dem Flächenverkauf begonnen. Im Jahre

1992 ist der größte Teil der Flächen („Gewerbe- und Industriegebiet Westfaliastraße“) vergeben und wieder neu genutzt.

Große Hoffnungen wurden etwa seit Mitte 1987 in Pläne zur Umnutzung der 270 ha großen Fläche Ellinghausen/Schwieringhausen im Nordwesten der Stadt gesetzt, auf der Teile der nationalen Kohlereserve lagen, die aber auch als Bergehalde genutzt wurde. Diese Fläche — im Eigentum der Hoesch AG — war lange Zeit im LEP VI des Landes NRW als Reservefläche für größere Entwicklungsvorhaben vorgesehen und wurde ohne Erfolg Investoren (z. B. BMW) angeboten. Anfang des Jahres 1988 wurde von der Stadt Dortmund dafür ein umfassendes Nutzungskonzept vorgelegt (Industriepark Ellinghausen, Entwicklungsprogramm Dortmund-Nord). Eingebunden in ein ökologisches Gesamtkonzept sollten dort ein Industriepark von 120 ha, ein Golfplatz von 50 ha, ein Segelfluggelände, Freizeitseen und -einrichtungen entstehen. Der dann nicht mehr benötigte Kohlehafen sollte in einen Freizeithafen umgewandelt werden.¹⁷ Auf diese Weise sollten dringend benötigte Gewerbeflächen erschlossen und gleichzeitig das schlechte Image des Dortmunder Nordens verbessert werden. Um dieses Projekt ist es dann sehr schnell wieder ruhig geworden. Gegen die geplanten Freizeiteinrichtungen erhob sich starker Widerstand. Zudem hatte die Ruhrkohle AG signalisiert, daß sie auf noch nicht absehbare Zeit diese Fläche für die Kohlereserve weiter benötigen würde.

Im Jahre 1988 erfolgten die ersten Bemühungen der Stadt, sich intensiver mit weiteren Industriebrachen im Dortmunder Norden auseinanderzusetzen („Zeche und Kokerei Hansa“, „Zeche Minister Stein“, „Zeche Gneisenau“). Externe Büros wurden damit beauftragt, städtebauliche Rahmenpläne für diese Gelände und die sie umschließenden Stadtteile vorzulegen. Alle Entwürfe sahen neue Gewerbeparks auf den ehemaligen Zechengeländen vor. („Entwicklungsprogramm Nördliches Dortmund“).

Einen zusätzlichen Impuls zur Wiedernutzung dieser Flächen gab es im Jahre 1990. In diesem Jahr hat sich auf Vermittlung des Initiativkreises Ruhrgebiet eine Projektgemeinschaft von privaten Unternehmen gebildet, die die Reaktivierung und Vermarktung der Flächen Zeche Minister Stein, Zeche Gneisenau und Industriepark Ellinghausen übernehmen wollte. An dieser Projektgemeinschaft waren die Montan-Grundstücksgesellschaft, eine Tochter der Ruhrkohle AG, die E. Heitkamp AG, das größte Bauunternehmen im Ruhrgebiet und die Deutsche Bank AG beteiligt. Namhafte Industrieversicherungen hatten sich bereit erklärt, zusammen mit der Deutschen Bank das Altlasten-Restrisiko der kontaminierten Flächen für Nachfolgenutzer zu übernehmen. In einer Vereinbarung vom Januar 1990 mit der Projektgemeinschaft räumt die Stadt dieser bis zum Jahre 1995 die Option ein, diese Flächen „in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der Stadt Dortmund“ zu entwickeln und zu vermarkten.¹⁸

Bisher ist nur eines dieser Gebiete in seiner Entwicklung vorangekommen, das Projekt „Minister Stein“. Auf dem Gelände der ehemaligen Dortmunder Zeche soll neben einem neuen Zentrum für den Stadtteil Eving ein städtebaulich attraktiver, 33 ha großer „Büro- und Servicepark“ entstehen, in dem auch die Sozialforschungsstelle der Stadt Dortmund einen neuen Standort finden soll. Die Flächen und die unter Denkmalschutz gestellten Bauten der alten Zeche sind im Eigentum der Ruhrkohle AG. Ein städtebaulicher Wettbewerb, der kürzlich

durchgeführt wurde, und in den auch die „Internationale Bauausstellung Em-scher-Park“ einbezogen wurde, wurde kürzlich abgeschlossen.¹⁹ Nunmehr soll eine von der Stadt und der Montan-Grundstücksgesellschaft gegründete Entwicklungsgesellschaft den Gewerbepark errichten. Dieses deutet darauf hin, daß einige Teilnehmer der oben genannten Projektgemeinschaft schon heute das Interesse an dem Gesamtprojekt verloren haben. Dies dürfte mit der deutschen Wiedervereinigung zusammenhängen. In Anbetracht der großen Zahl von neuen Industrie- und Gewerbegebieten, die zum Teil in den neuen Bundesländern auf der grünen Wiese zur Verfügung gestellt werden, hat eine langfristig angelegte Flächensicherung auf sehr problematischen Flächen für die bundesdeutsche Privatwirtschaft ihren Reiz verloren. Das bedeutet auch, daß der Industriepark Ellinghausen auf absehbare Zeit nicht realisiert werden wird. Andererseits sollen schon im Jahre 1994 die ersten Firmen im „Gewerbepark Minister Stein“ einziehen, die mit nicht unbeträchtlichen finanziellen Zuschüssen aus Mitteln des Landes NRW und der Europäischen Gemeinschaft (EGKS und EG-Regionalfonds) rechnen können.

Die Gewerbeflächenmobilisierung im nordöstlichen Ruhrgebiet ist aber auch ein besonderes Anliegen des Landes. Im Kontext des Handlungsrahmens für die vom strukturellen Wandel besonders betroffenen Kohlegebiete des Landes wird in der Flächenmobilisierung ein „zentraler Ansatz für die Herausbildung eines spezifischen, auch überregional erkennbaren Standortprofils“ gesehen. Dafür hat das Land NRW Anfang 1992 im Rahmen seiner politisch motivierten Zukunftsrunden für Kohleregionen die Errichtung einer „Entwicklungsagentur für das östliche Ruhrgebiet“ vorgeschlagen und sich bereit erklärt, für die Dauer von 3–5 Jahren 80 Prozent der anfallenden Kosten bis zur Höhe von 10 Mio. DM zu übernehmen. Dieser Entwicklungsagentur sollten nach den Vorstellungen des Landes die Städte Dortmund, Hamm und Ahlen sowie der Kreis Unna angehören, daneben die Ruhrkohle AG, weitere Bergbaunachfolgegesellschaften und andere daran interessierte Institutionen (z. B. IHK). Ihre Aufgabe soll es sein, vom Bergbau nicht mehr benötigte Flächen wiederzunutzen und zu vermarkten.²⁰ Die Regionalkonferenz Dortmund/Kreis Unna/Hamm hat die Agentur in ihr Programm aufgenommen. Mit Sitz in Bergkamen soll die Agentur, in der die Kommunen mit 51 Prozent eine knappe Mehrheit am Stammkapital halten und zwei Stimmen mehr als die anderen Gesellschafter haben, noch vor Ende des Jahres 1992 ihre Arbeit aufnehmen.

Ein anderes Wiedernutzungsprojekt dürfte aus der Konversion von ehemaligen Militärflächen in Dortmund entstehen. Durch den Abzug der britischen Streitkräfte wird in absehbarer Zeit eine bislang militärisch genutzte, 50 ha große Fläche in äußerst günstiger Lage (an der B 1) in unmittelbarer Nähe zum in den letzten Jahren sehr attraktiv gewordenen Regionalflughafen Dortmund-Wickede frei. Die Wirtschaftsförderung der Stadt würde dort am liebsten einen Dienstleistungs- und Gewerbepark errichten. Ein Interessent ist die Fachhochschule Dortmund. Sie möchte ihre verstreuten Aktivitäten an diesem neuen Standort bündeln. Doch noch gibt es keine Mittelzusage des Landes für dieses Projekt, und auch durch den Verkauf der jetzt von der Fachhochschule genutzten Bauten läßt sich der Umbau und Umzug vermutlich nicht kostenneutral realisieren. Gegenwärtig gibt es nur erste Skizzen für eine dem Technologiepark Dortmund

ähnliche Nutzungsstruktur in unmittelbarer Nachbarschaft zur Fachhochschule. Eindeutige Weichenstellungen in diese Richtung sind von der Politik in Dortmund aber noch nicht vorgenommen worden.

Darüber hinaus bemühen sich die lokalen Akteure um die Wiedernutzung zahlreicher anderer Gewerbe- und Industriebrachen („Zeche Krone“, „Harkortshof“, „Westfalia“, „Zeche Hansa“, etc.). Auch hier sind allerdings bisher keine sichtbaren Erfolge erzielt worden. Dabei sind in den letzten Jahren die Gewerbe- und Industrieflächenpreise in Dortmund drastisch gestiegen, von etwa 30—50 DM pro qm (1987) auf 100 bis 150 DM pro qm (1992). In Anbetracht der zunehmenden Knappheit an Gewerbeflächen ist mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen. Daher zeichnet sich in den letzten Monaten der Versuch der Wirtschaftsförderung Dortmund ab, eine neue Gewerbeflächenstrategie politisch durchzusetzen. Instrument dieses Versuches ist die Vergabe zweier aufeinander bezogener Gutachten zur Gewerbeflächensituation in Dortmund, deren Ziel es ist, folgende Frage zu beantworten: „Mit welcher, dem Standort Dortmunds im EG-Binnenmarkt entsprechenden Branchenstruktur, kann die Wirtschaftsstruktur und Flächenentwicklung, unter Berücksichtigung eines weitestgehend ausgeglichenen Arbeitsmarktes, optimiert werden?“²¹

Dabei geht die Wirtschaftsförderung davon aus, daß der zukünftige Industrie- und Gewerbeflächenbedarf nicht mehr nur auf Dortmunder Stadtgebiet befriedigt werden kann, sondern in Kooperation mit den Umlandgemeinden erfüllt werden muß. Für die Flächenpolitik in Dortmund selbst werden einige qualitative Grundsätze formuliert (Minimierung des Freiraumverbrauchs, Aktivierung von Flächenreserven in bestehenden Gewerbe- und Industriegebieten, Stapeln von Produktions- und Bearbeitungsbereichen, Gewerbehöfe für das Handwerk, nach Qualitäten differenzierte Gewerbe- und Industrieflächen, höhere städtebauliche Qualität etc.). Von der ganzen Anlage der Auftragsbeschreibung her ist deutlich zu sehen, daß die Wirtschaftsförderung Dortmund gutachterliche Rückendeckung für eine Wirtschaftsförderungs- und Flächenstrategie sucht, die sich in Dortmund auf höherwertige Nutzungen mit geringerem Flächenbedarf pro Kopf konzentriert (und dafür neue Gewerbeflächen auf der grünen Wiese benötigt), und die bereit ist, Nutzungen mit sehr großem Flächenbedarf pro Beschäftigtem an die Umlandgemeinden abzugeben. Daneben wird weiter Brachflächenrecycling betrieben, ohne noch die Hoffnung zu haben, dadurch den gesamten Bedarf abdecken zu können.

Führt man sich die zentralen Aspekte der Gewerbe- und Industrieflächenpolitik in Dortmund in den letzten zehn Jahren im Zusammenhang vor Augen, dann drängt sich der Eindruck auf, daß die Wirtschaftsförderung Dortmund auf diesem Gebiet nicht sehr glücklich und erfolgreich operiert hat. Zwar hat der Rat der Stadt in mehreren Beschlüssen bekräftigt, daß die gewerblich-industrielle Wiedernutzung Vorrang vor der Inanspruchnahme neuer Flächen haben sollte, die nötigen Konsequenzen wurden aus diesen Beschlüssen jedoch nicht gezogen. Weder wurden die erheblichen finanziellen Mittel bereitgestellt, die eine Reaktivierung von ehemaligen Zechengeländen benötigt, noch wurden die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen dafür geschaffen. Nicht umsonst ist die einzige gelungene Reaktivierung völlig aus Landesmitteln finanziert worden und von einer stadtexternen Entwicklungsgesellschaft realisiert worden. Es ist auch

nicht bekannt geworden, daß die Wirtschaftsförderung Dortmund selbst initiativ geworden wäre mit fordernden Beschlüssen in diese Richtung. Die Wirtschaftsförderung Dortmund hat vielmehr wesentlich mehr Druck auf die Politik ausgeübt im Hinblick auf die Neuausweisung von Industrie- und Gewerbeflächen auf der grünen Wiese. Daß sie damit 1988 zum erstenmal im Rat der Stadt scheiterte, führte dann unmittelbar zu der jetzigen kritischen Situation. Die Tatsache, daß die Reaktivierung von Gewerbe- und Industriebrachen in Dortmund eher verbal und nicht real vorangetrieben wurde, ist allerdings nicht allein der Wirtschaftsförderung Dortmund anzulasten. Der neue Versuch, zu einer anderen und differenzierteren Gewerbeflächenstrategie für Dortmund zu kommen, die den Tendenzen der Wirtschaftsstrukturentwicklung in Dortmund, der wachsenden Gewerbe- und Industrieflächenknappheit sowie der drastischen Verteuerung dieser Flächen auf dem Markt besser entspricht, weist in die richtige Richtung. So lassen sich, mittelfristig gesehen, die Kosten des Industrieflächenrecyclings, zumindest teilweise, über die Marktpreise wieder hereinholen. Damit wird dann auch das Flächenrecycling für die verschiedensten Akteure attraktiver.

3.4 Gemengelagepolitik

Gemengelage, das heißt Standortsituationen, die durch eine enge Nachbarschaft von verschiedenen, sich erheblich beeinträchtigenden Nutzungen gekennzeichnet sind, stellten zwischen 1980 und 1985 ein Schwerpunktthema der Stadtplanung und Wirtschaftsförderung in Dortmund dar. Die Diskussion darüber hatte sich schon 1985 abgeschwächt.

Zu Beginn der 80er Jahre wurde der Versuch unternommen, ein „Gemengelagekonzept“ zu erstellen. Arbeitsgruppen der Verwaltung arbeiteten über einige Jahre daran, zum einen gebietstypische, maßnahmenorientierte Lösungsvorschläge zu entwerfen, zum anderen konkrete gemengelagepolitische Zielsetzungen im neuen Flächennutzungsplan der Stadt zu verankern.

Beide Bemühungen sind mehr oder weniger deutlich gescheitert. Während die Arbeitsgruppe „Gemengelagekonzept“ die Aufgabe als nicht lösbar zurückgab, wurden im Flächennutzungsplan 18 „Gemengelageverdachtsgebiete“ gekennzeichnet. Nutzungen in diesen Gebieten sind zur gegenseitigen Rücksichtnahme verpflichtet. Bei diesen Standorten handelt es sich nur um Großgemengelage. Drei dieser Großgemengelage (Kokereistandorte) haben sich seitdem durch Betriebsaufgaben aufgelöst. Darüber hinaus kennzeichnete der Entwurf für ein Stadterneuerungskonzept der Stadt Dortmund 80 Kleingemengelageverdachtsstandorte, um die sich die Wirtschaftsförderung Dortmund seitdem mit wechselnden Erfolgen bemüht. So sollten zwei größere Standortsicherungsmaßnahmen im Rahmen eines Pilotprogramms des Landes Nordrhein-Westfalen bearbeitet werden. Nach der Konkretisierung der Maßnahmen ist jedoch keines der Projekte zur Ausführung gekommen, da die in Frage kommenden Betriebe ihre Kooperationsbereitschaft zurückzogen.

Im Jahre 1987 verabschiedete die Landesregierung Nordrhein-Westfalen die „Zukunftsinitiative Montanregionen“. Im Rahmen dieser Zukunftsinitiative beantragte die Wirtschaftsförderung Dortmund ein neues Gemengelageprojekt. Unter Bezug auf die 80 Kleingemengelage des Stadterneuerungskonzeptes war vorgesehen, jährlich zehn dieser 80 Gemengelageverdachtsfälle genau zu analysieren und — falls erforderlich — Standortsicherungskonzepte für die Unternehmen vorzulegen.

Diesem Projektantrag wurde grundsätzlich entsprochen — allerdings sollten jährlich nur vier Gemengelageverdachtsfälle untersucht werden. Die Förderung begann im Jahre 1989. Sie wird auch im Jahre 1992 fortgesetzt, so daß Ende 1992 zwölf Gemengelageverdachtsfälle genauer bearbeitet sein werden. Aus den bisher vorliegenden Ergebnissen kann abgelesen werden, daß der größte Teil der Unternehmen schon eigene Lösungen gefunden hat und eine Unterstützung durch die Stadt nicht nötig wurde. Dort, wo sich der Immissionskonflikt mit akuten Flächenengpässen verband, haben die Unternehmen eine Betriebsverlagerung vorgezogen. Die Wirtschaftsförderung Dortmund hat den Unternehmen angemessene neue Standorte vermittelt.

Insgesamt hat das Thema der Gemengelage in Dortmund deutlich an Gewicht verloren. Umfassende Strategien haben sich als nicht gangbar erwiesen. Das Landesprogramm zur Standortsicherung von Betrieben in Gemengelage ist auch in Dortmund weitgehend ins Leere gelaufen. Die Unterstützung von Unternehmen in Gemengelage bleibt zwar eine Daueraufgabe der Wirtschaftsförderung in Dortmund, sie konzentriert sich aber auf die Bearbeitung besonderer Konfliktfälle im Einzelfall.

3.5 Restrukturierung des Stahlbereichs: Hoesch AG

Die Hoesch AG, immer noch Dortmunds größter betrieblicher Arbeitgeber, stand 1981/82 nach mehreren verlustreichen Jahren kurz vor dem Konkurs. Die Sanierungsstrategie des damals neuen Konzernchefs Rohwedder sah vor:

- die Erhaltung und Modernisierung der Stahlbasis bei gleichzeitiger Aufgabe eines Standortes von ehemals drei Stahlstandorten in Dortmund.
- Spezialisierung der Angebotspalette und Ausrichtung der Stahlproduktion auf ertragsstärkere Erzeugnisse — vor allem veredelte Bleche für die Automobil- und Elektroindustrie sowie für die Konsumgüter-Industrie. Dabei sollte gleichzeitig eine Rohstahlkapazität von 4—4,5 Mio. t Rohstahl jährlich in Dortmund erhalten bleiben.
- Ausbau der konzerninternen Weiterverarbeitung, Weiterentwicklung des Maschinen- und Anlagenbaus, Ausbau der Dienstleistungen sowie Aufbau einer neuen Sparte Elektronik, Meß- und Regeltechnik sowie Automation.

Insgesamt war geplant, die Weiterverarbeitung, die 1985 zu zirka 50 Prozent zum Umsatz beitrug, innerhalb von 10 Jahren auf zirka 75 Prozent ansteigen zu lassen, während der Stahlbereich — bei konstantem Umsatzvolumen — relativ auf 25 Prozent absinken sollte.

Dieses Ziel ist im Jahre 1992 beinahe erreicht, insbesondere durch Zukauf

von/und Beteiligungen an Firmen im Weiterverarbeitungsbereich im In- und Ausland. Verdient wurde das Geld für die zahlreichen Firmenkäufe außerhalb von Dortmund aber im wesentlichen im Stahlbereich. Die inzwischen selbständige Hoesch Stahl AG wurde mit Hilfe von zahlreichen Modernisierungsinvestitionen rationalisiert und auf Flachstahlerzeugnisse spezialisiert. Gleichzeitig wurden im Stahlbereich konsequent weitere Arbeitsplätze abgebaut und Werke bzw. Werksteile stillgelegt, vor allem in Dortmund und seiner näheren Umgebung.

Von 1986 bis 1990 wurden im Stahlbereich ununterbrochen hohe Gewinne erzielt. Das große Krisenjahr der Stahlindustrie, 1987, als die Werke Henrichshütte in Hattingen und Rheinhausen in Duisburg bundesrepublikweit negative Schlagzeilen machten, hat Hoesch unbeschadet überstanden. Erst die sich abschwächende Stahlkonjunktur 1991/1992 bremste die Erträge und Gewinne im Stahlbereich, ohne bisher jedoch zu roten Zahlen geführt zu haben.

Seit 1982 haben sich die Finanzschulden des Konzerns von 2,6 Milliarden DM auf 1,3 Milliarden DM halbiert. Gleichzeitig ist das Eigenkapital verdreifacht worden auf zur Zeit etwa 1,85 Milliarden DM. Die Gesamtbeschäftigung des Konzerns stieg auf 52 000 Personen,²² in Dortmund sank die Beschäftigtenzahl jedoch auf 13 000. Größere Erweiterungsinvestitionen fanden in Dortmund nicht statt. Allerdings beteiligte sich die Firma am Risikokapitalfonds Dortmund und darüber hinaus an einer schnell wachsenden Sensortechnologiefirma aus dem Technologiepark Dortmund.

Als der Vorstandsvorsitzende des Konzerns, Dr. Detlef Rohwedder, im Jahre 1990 das Unternehmen verließ, schien das Unternehmen in guter Form zu sein. Hoesch vermarktete sich zunehmend als weltweit tätiger Investitionsgüter- und Technologiekonzern. Nur kurze Zeit später wurde jedoch deutlich, daß die Entwicklungsaussichten des Gesamtkonzerns deutlich pessimistischer eingeschätzt werden mußten. Eine Mitte 1990 eingerichtete Planungsgruppe, die von externen Consultants unterstützt wurde, kam zu dem Ergebnis, daß weiterhin erheblicher Sanierungsbedarf im Unternehmen besteht. Allerdings wird der Sanierungsbedarf zur Zeit weniger im Stahlbereich gesehen als in den anderen Tochterunternehmen des Konzerns. Hoesch hat zwar durch viele Firmenkäufe diversifiziert und ist so zum Eigentümer von etwa 120 Gesellschaften geworden (74 im Inland und 46 im Ausland), Synergieeffekte sind daraus bisher aber kaum entstanden. Die meisten Firmen, die zu 80 verschiedenen strategischen Geschäftseinheiten zusammengefaßt worden sind, arbeiten mehr oder weniger unverbunden nebeneinander her. 50 Prozent des Gewinns kommt weiterhin aus dem zwar sanierten, aber immer noch krisenanfälligen Stahlbereich. Das bedeutet, daß bei den anderen Tochtergesellschaften häufig nur sehr kleine Erträge erwirtschaftet werden. Manche Firmen machen schon seit Jahren Verluste in Millionenhöhe, darunter auch Firmen in Dortmund.

Die Gutachter empfehlen, die vorhandenen 80 strategischen Geschäftseinheiten durch Verkauf und Zusammenlegung auf rund 35 zu verringern und die Kernbereiche des Unternehmens Stahl- und Stahlverarbeitung, Autozulieferungen sowie Meß- und Regeltechnik zu stärken.

In diese Überlegungen hinein, die dem neuen Vorstandsvorsitzenden Neukirchen präsentiert wurden, kam die Übernahme der Aktienmehrheit der Hoesch

AG durch die Friedrich Krupp AG in Essen (Oktober 1991). Zwar gab es im Raum Dortmund heftigen Widerstand gegen diese „feindliche Übernahme“, wie es zunächst gesehen wurde. Mitte 1992 ist an der Fusion der beiden Unternehmen aber nicht mehr zu rütteln. Beide Konzernspitzen haben sich auf einen Verschmelzungsvertrag geeinigt, der in Umrissen eine neue Konzernstruktur kennzeichnet. Welche Maßnahmen auf die einzelnen Standorte zukommen werden, ist zur Zeit noch unklar. Gegenwärtig gilt eine Arbeitsplatz- und Standortgarantie, mit der Konzernchef Cromme aus Essen zunächst die Kritiker der Fusion zum Schweigen brachte. Entschieden ist jedoch schon folgendes: Das neue Unternehmen Friedrich Krupp AG, Hoesch-Krupp, erhält eine gemeinsame Konzernhauptverwaltung, die ihren Sitz in Essen haben wird. Ob als Kompensation für diesen Verlust Dortmund Verwaltungssitz der zukünftigen gemeinsamen Stahl AG sein wird, ist noch nicht entschieden. Darüber hinaus ist aber folgendes deutlich:

- mit der Krupp AG hat der schwächere Konkurrent den etwas stärkeren Konkurrenten übernommen. Die ehemalige Krupp AG hat weniger Beschäftigte, ist höher verschuldet und hat ein geringeres Eigenkapital als der ehemalige Hoesch-Konzern;
- Die Krupp AG hat ähnliche Probleme wie der Hoesch Konzern in den Sparten Maschinenbau, Autozulieferung, Anlagenbau, in der Stahlverarbeitung sowie im Handel. Dazu kommt, daß auch der Stahlbereich bei Krupp (Krupp hat sich auf Edelstähle spezialisiert) ein deutlich schlechteres Ergebnis bringt als der Stahlbereich bei Hoesch;
- durch die Fusion erwartet der Krupp-Vorstand erhebliche Synergieeffekte aus der Kooperation von Firmen, die in benachbarten Bereichen produzieren. Insider haben jedoch große Zweifel an der Dimension der angegebenen Synergieeffekte und sehen die langfristigen Vorteile der Fusion eher in der Marktberreinigung, was allerdings auch zahlreiche Betriebsschließungen beinhalten würde;
- das manager magazin bezeichnet den neuen Konzern mit seinen über 100 000 Beschäftigten schlicht als „Sanierungsfall“²⁴. Selbst wenn man das etwas anders sieht, ist doch klar, daß der Sanierungsbedarf des neuen Konzerns erheblich ist;
- im Laufe der notwendigen Neustrukturierung des Unternehmens wird ohne Zweifel eine völlige Neuordnung der Standorte erfolgen. Auch die noch bestehenden Arbeitsplatzgarantien werden demnächst aufgegeben werden. Vieles spricht dafür, daß der Standort Dortmund vom absehbaren Arbeitsplatzabbau überproportional hoch betroffen sein wird.

Insgesamt zeigt sich, daß der Prozeß der Neustrukturierung des Stahlbereichs bzw. des Konzerns, der Dortmund über mehr als 100 Jahre mit dominiert hat, bei weitem noch nicht abgeschlossen ist. Der Ausgang der Umstrukturierung kann Anfang der 90er Jahre für die Stadt Dortmund nur relativ pessimistisch beurteilt werden.

Allerdings ist es nach anfänglichen Protesten gegen die Fusion in Dortmund sehr ruhig geworden. Zum Teil kann das die Ruhe vor dem Sturm sein, der möglicherweise ausbrechen wird, wenn die Krupp-Zentrale in Essen ihre konkreteren Pläne für die Betriebe in Dortmund bekannt geben wird. Zum Teil dürfte

diese Ruhe aber auch damit zu erklären sein, daß die Abhängigkeit der Dortmunder Wirtschaft von der Entwicklung bei Hoesch in den letzten 10 Jahren doch deutlich geringer geworden ist.

Resümee

Bedenkt man die ungünstigen Entwicklungsaussichten, die für Dortmund im Jahre 1985 prognostiziert wurden, dann kann die Trendwende seit 1985 nur positiv überraschen. Viele Industriebranchen haben wieder Beschäftigtenzuwächse. Der Dienstleistungsbereich wächst zudem sehr stark. Insgesamt ist Dortmund im Abschied von den einstmals dominierenden Strukturen um Kohle und Stahl recht weit gekommen. Der sich in diesen Branchen abzeichnende nochmalige starke Beschäftigteneinbruch wird jedoch in den nächsten Jahren die Stadt noch einmal stark belasten.

Man wird anerkennen müssen, daß die verstärkte und Mitte der 80er Jahre sehr innovative Wirtschaftsförderung in Dortmund diesen Strukturwandel stark unterstützt und teilweise sogar mitgestaltet hat. Insbesondere die Innovationspolitik ist sehr erfolgreich gewesen. Sie hat sich als der Schlüssel für den Aufbau neuer Wirtschaftsstrukturen erwiesen. Enttäuschender waren die Ergebnisse in den anderen Handlungsfeldern. Während die aktiven Ansätze der Beschäftigungspolitik die auf sie gesetzten Hoffnungen trotz allen Einsatzes von Mitteln und Personal nicht erfüllen konnten, beschränkte sich die lokale Wirtschaftspolitik im Hinblick auf die vom Handlungsfeld her eminent wichtige Wiedernutzung von Industrieflächen in Dortmund auf Ankündigungen und Planungen. Der gegenwärtige Flächenengpaß erscheint daher weitgehend selbstverschuldet. Die Vorgänge im Stahlbereich entziehen sich immer mehr dem Einfluß der Stadt.

Darüber hinaus wurde in den letzten Jahren der Langzeitbeobachtung immer deutlicher:

- der strukturelle Wandel einer ehemaligen Montanstadt braucht Zeit: er braucht Geduld und einen langen Atem. Neue Netzwerke innovativer Koalitionen benötigen Zeit, bis sie sich finden und bis sie tatsächlich Einfluß nehmen können. Veränderungen geschehen oft erst dann, wenn Schlüsselstellen in der städtischen Verwaltung, aber auch bei anderen lokalen Akteuren, neu besetzt werden, wenn neue Akteure in lokale Entscheidungsstrukturen eingebunden werden oder sich dort einmischen. Am ersten Dortmund Konsens, Mitte der 80er Jahre, waren eine Reihe von (am Ort) neuen innovativen Akteuren beteiligt, die unbefangen und unabhängig von den traditionellen Netzwerken handeln und entscheiden konnten und dies auch mußten, weil die Beschäftigungskrise sie dazu gezwungen hatte. Ein Großteil dieser Akteure ist nicht mehr in ihren damaligen Funktionen. Jetzt wird deutlich, daß früher bestehende Strukturen, Einstellungen und Verhaltensweisen erhalten geblieben sind. Sie haben in den vergangenen drei bis vier Jahren wieder an Einfluß gewonnen. Vielleicht hängt es damit zusammen, daß der Dortmunder Innovations-Konsens in jüngster Zeit brüchiger ge-

worden ist. Einzelinteressen von Gruppen und Institutionen bestimmen wieder stärker die Tagesordnung. Notwendige Konsensfindungsprozesse dauern länger als vor einigen Jahren.

- Ebenso wenig lassen sich physische und infrastrukturelle Gegebenheiten kurzfristig verändern, insbesondere dann nicht, wenn es sich, wie in Dortmund, um brachfallende großindustrielle Strukturen handelt, die in kleine qualitativ sehr differenzierte Nachfolgenutzungen umzuwandeln sind. Die Kostenfrage steht dabei im Vordergrund. Aber auch die mit der Umwandlung verbundenen bodenordnerischen und technisch-planerischen Probleme sind in der Regel so komplex, daß sie sich selten in nur wenigen Jahren lösen lassen. Darüber hinaus muß aber auch der entschiedene politische Wille vorhanden sein, diese komplexen Probleme zu überwinden.
- Die Region als politisches Handlungsfeld wird immer wichtiger: In den letzten Jahren ist es auch den politischen Akteuren in Dortmund bewußt geworden, daß struktureller Wandel nicht innerhalb definierter Verwaltungsgrenzen bewältigt werden kann, sondern, daß es dazu einer über enge Stadtgrenzen hinausgehenden langfristigen Politik bedarf. Diese Erkenntnis ist auch durch die Regionalkonferenzen unterstützt worden, die Voraussetzung dafür sind, daß Mittel im Rahmen der „Zukunftsinitiative Nordrhein-Westfalen“ aktiviert werden können. Dazu hat im Falle von Dortmund natürlich auch beigetragen, daß die Stadt nicht mehr alle Industrie- und Gewerbeflächenwünsche auf eigenem Stadtgebiet befriedigen kann.
- Der öffentliche Sektor hat nach wie vor die Führungsfunktionen im strukturellen Wandel: In einer lange vom Montansektor bestimmten und beherrschten Stadt wie Dortmund bedarf der strukturelle Wandel lokaler Wirtschaft über einen langen Zeitraum hinweg erheblicher öffentlicher Vorleistungen. Der öffentliche Sektor hat eine Leitfunktion in diesem Prozeß und muß dabei einen politisch klugen Mittelweg zwischen sozialverträglichen Erhaltungs- und zukunftsorientierten Innovationssubventionen einschlagen. Die Hoffnungen, daß es gelingen könnte, den privaten Sektor stärker in den Umstrukturierungsprozeß einzubinden und in die Pflicht zunehmen, haben sich in Dortmund nicht in vollem Umfang erfüllt. Sowohl was den Technologiepark der Universität Dortmund anbelangt, als auch bei der Mobilisierung von Gewerbeflächen zeigt sich, daß es einer erheblichen öffentlichen Anfangsfinanzierung bedarf. Da sich die Rahmenbedingungen der öffentlichen Finanzierung der Umstrukturierung in Dortmund (und im Ruhrgebiet) zur Zeit deutlich verschlechtern, wird es sehr spannend sein, zu beobachten, ob damit auch der Restrukturierungsschub erlahmt oder ob die mittlerweile neu geschaffenen Strukturen tragfähig genug sind, selbst eigene, neue Impulse zu setzen.

Anmerkungen

- 1 HENNINGS, G., v. EINEM, E., KAHNERT, R., KUNZMANN, K. R.: Möglichkeiten und Formen der Berücksichtigung und Eingliederung gewerbepolitischer Förderstrategien in die Städtebaupolitik und Stadtentwicklung — Fallstudie Dortmund. Schriftenreihe „Forschung“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Heft Nr. 455, Bonn 1988.
- 2 Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 1989.
- 3 Ebenda.
- 4 Kaufkraftkennziffern der Gesellschaft für Konsumforschung, Nürnberg 1990.
- 5 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG DORTMUND (Hrsg.): Technologiezentrum Dortmund; Die Adresse in Dortmund; Informationsbroschüre, Dortmund 1992.
- 6 (a) Gespräch mit Herrn G. Baranowski, Geschäftsführer des Technologiezentrums Dortmund, September 1992.
(b) WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG DORTMUND (Hrsg.): Jahresbericht 1991.
- 7 PLANUNGSAMT DER STADT DORTMUND (Hrsg.): Planungsbrief zur Bürgeranhörung am 29. 9. 1992 für die Aufstellung der Bebauungspläne im Universitätsumland.
- 8 GROSS, B., LEY, M.: Technologiezentrum und -parks im Ruhrgebiet. Diplomarbeit am Fachbereich Raumplanung, Dortmund 1991.
- 9 HENNINGS, G., v. EINEM, E., KAHNERT, R., KUNZMANN, K. R., a. a. O., S. 650 ff.
- 10 MENGELKAMP, W.: Das Entwicklungszentrum Dortmund (EWZ). Eine Wirksamkeits-Untersuchung. Hrsg.: Sozialforschungsstelle Dortmund Landesinstitut. Beiträge aus der Forschung, Bd. 45, Dortmund, 1990, S. 58 ff.
- 11 Westfälische Rundschau: „EWZ“ gibt nach sieben Jahren seine Ansprüche auf, 28. 11. 1991.
- 12 UNION GWERBEHOF GMBH (Hrsg.): Union Gewerbehof . . . umwelt- und sozialverträglich, Dortmund 1988.
- 13 SCHULZE, J.: Untersuchung zum Weiterbildungs- und Beratungsbedarf selbstverwalteter Betriebe und Projekte im östlichen Ruhrgebiet. Kommunikatives Bildungswerk e. V. Dortmund, Amt für Wirtschaftsförderung Dortmund, Dortmund 1987.
- 14 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG DORTMUND: Jahresbericht 1989, Dortmund 1990, S. 39.
- 15 Westfälische Rundschau: Beschäftigungsgesellschaft. Auch der zweite Anlauf ist gescheitert. 3. 6. 1992.
- 16 Beschlußvorlage für den Rat der Stadt Dortmund: Sicherung des Handlungsspielraums der Wirtschaftsförderung hinsichtlich der Bereitstellung gewerblicher Bauflächen. Dortmund. Oktober 1988.
- 17 Stadt Dortmund (Hrsg.): Industriepark Ellinghausen, Entwicklungsprogramm Dortmund-Nord. Dortmund. Frühjahr 1988.
- 18 Beschlußvorlage für den Rat der Stadt Dortmund: „Abschluß einer Vereinbarung mit der Projektgemeinschaft Dortmunder Norden“. Dortmund. 29. 1. 1990.
- 19 INTERNATIONALE BAUAUSSTELLUNG EMSCHER-PARK (Hrsg.): Neue Evinger Mitte: Eine Dokumentation, Gelsenkirchen 1992.
- 20 MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, MITTELSTAND UND TECHNOLOGIE (Hrsg.): Handlungsrahmen für die Kohlegebiete. Düsseldorf 1992.
- 21 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG DORTMUND. Gewerbeflächenbedarfsermittlung als Grundlage der städtebaulichen und wirtschaftsstrukturellen Planung. Beschlußvorlage für den Rat der Stadt Dortmund, Juni 1992.
- 22 HOESCH AG (Hrsg.): Jahresbericht 1990.
- 23 HOESCH; Blut, Schweiß und Tränen, manager magazin, 4/1991, S. 8.
- 24 KRUPP/HOESCH; Das letzte Aufgebot. manager magazin 7/1992, S. 30 ff.